

2015.GE

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung,
Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe,
freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht, sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen

Grafik: CC BY-NC-ND be-him



Unser ganzes Leben wird aufgezeichnet: Geheimdienste speichern alles, was sie abgreifen können. Wie läßt sich dieser verdeckte Apparat noch kontrollieren? Was muß sich ändern?

Geheimdienste
AUSSER KONTROLLE?

SEITE 2

NSA
**TECHNIK UND
PROGRAMME**

SEITE 6

Bewegung
**PADELUUN VON
DIGITALCOURAGE**

SEITE 7



GEHEIMDIENSTE: WER BEWACHT DIE WÄCHTER?

CC BY-SA MARKUS KOMPA

Wie deutsche Geheimdienste kontrolliert werden - oder auch nicht

Die gegenwärtigen deutschen Geheimdienste bewegen sich zwar im Dunkeln, nicht aber im „rechtsfreien Raum“. Wie die Kontrolle dieser Behörden - theoretisch - funktioniert, soll hier kurz skizziert werden.

2-1
t: Jürgen Asbeck/Timecode, Michael Balke, Robert Grimmig,
in den Artikel von Anne Roth, monnische.de, Udo Vetter.

2-2

V. Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Michael Balke - W
rich Scharfenort/Jurics. Dank an Der Freitag (http://www.freitag.de)

2-2

Impressum
Herausgeber: Denk Se
Stefan Müller, Anne R

SCHLECHTE ERFAHRUNGEN

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wirkte mit der „Organisation Gehlen“ und dem 1968 hieraus hervorgegangenen Bundesnachrichtendienst ein Geheimdienst, in dem rechtskonservative Personen eigenmächtig die Nachkriegspolitik beeinflussten. Das Grundgesetz existierte für General Reinhard Gehlen nur auf dem Papier. So legte Gehlen Dossiers mit belastbarem Material über Personen an und manipulierte die Medien, Politiker und Militärs im Sinne des Kalten Kriegs. Gehlen rechnete mit einem absehbaren wie unausweichlichen Krieg mit der Sowjetunion, auf den er den Westen vorbereiten wollte. Sein Dienst, der etliche Altnazis beschäftigte, finanzierte zu Propagandazwecken verdeckt politische Bücher, Zeitungen und sogar Heimatfilme, um Patriotismus zu fördern.

Gehlen kontrollierte die Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus durch das Münchner „Institut für Zeitgeschichte“. Trotz evidenter Verfassungswidrigkeit öffneten auch westliche Stellen massenhaft Briefe und zensierten aus dem Osten versandte politische Propaganda. In Ostdeutschland bildete sich mit dem - von außen unkontrollierten - Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ein, im Verhältnis zur Einwohnerzahl der DDR, personell gigantisch besetzter Geheimdienst, der sich zu einem totalitären Instrument des Staates gegen die eigene Bevölkerung entwickelte. Das MfS agierte als Geheimpolizei und baute einen ~~im Alltag spürbaren Überwachungsdruck auf. Durch intensives Abhören westdeutscher Kommunikation war das MfS umfassend informiert und griff bisweilen auch in die Politik der Bundesrepublik ein.~~ Das weit ausgebaute Spitzelsystem führte dazu, dass informelle Mitarbeiter sogar über beste Freunde oder gar Ehepartner an den Dienst berichteten. Karrieren waren systemtreuen Bürgern vorbehalten. Dissidenten kamen

in Haft. Das MfS führte Listen mit 86.000 Personen, von denen zuletzt etwa 13.000 im inneren Spannungsfall oder im Verteidigungsfall in Internierungslager eingesperrt werden sollten. also „Freifunk Köln. Bonn“.

DEUTSCHE GEHEIMDIENSTE DER GEGENWART

Für die Aufklärung im Ausland ist der Bundesnachrichtendienst (BND) zuständig, mit ca. 6.000 Mitarbeitern der mit Abstand größte deutsche Geheimdienst. Im Inland befassen sich das Bundesamt, sowie die Landesämter für Verfassungsschutz (BfV, LfV) mit Sicherheitsüberprüfungen von Staatsbediensteten, sowie der Abwehr von Spionage, Terror und Extremismus. Für den Bereich der Streitkräfte ist insoweit der Militärische Abschirmdienst (MAD) verantwortlich. Kein Geheimdienst im nachrichtendienstlichen Sinne ist die Bundeswehr-Eliteeinheit „Kommando Spezialkräfte (KSK)“, deren Arbeit allerdings absoluter Geheimhaltung unterliegt und die ebenfalls Spähaufgaben übernimmt.

1. Juristische Kontrolle

Deutsche Geheimdienste unterliegen dem deutschen Recht. Seit den 1990er Jahren gelten spezielle Gesetze hierzu, wie etwa das BND-Gesetz. Die Dienste dürfen im Rahmen ihres jeweiligen Auftrags nur beobachten, nicht aber haben Geheimdienstmitarbeiter gegen über Bürgern irgendwelche hoheitlichen Befugnisse wie etwa Polizisten. Erkenntnisse der Geheimdienste dürfen nur in speziellen Fällen an andere Behörden weitergegeben werden. Wer sich im Dienst strafbar macht, kann in einem gegebenenfalls nicht öffentlichen Verfahren vor Gericht gestellt werden. Die deutschen Geheimdienstler unterliegen einer Vielzahl an internen Dienstweisungen und müssen ihre Arbeit dokumentieren. Bei Massnahmen wie dem Abhören oder der Postöffnung, müssen

die betroffenen Bürger gegebenenfalls nach dem G10-Gesetz nachträglich unterrichtet werden. Rechtsverstöße geraten nur dann vor den Richter, wenn Betroffene oder die Staatsanwaltschaft Klage beziehungsweise Anklage erheben.

Da ein Großteil der Geheimdienstmitarbeiter verbeamtet ist, erfreuen sich Verwaltungsgerichte reger Beschäftigung mit den Geheimen. Für Aufsehen etwa sorgten vor ein paar Jahren von der Bundeswehr an den BND ausgeliehene Soldatinnen, die gegen ihren Ausschluss bei der Wahl der Gleichstellungsbeauftragten bis zum Bundesverwaltungsgericht klagten.

Grundsätzlich hat jede Person auch datenschutzrechtliche Ansprüche auf Auskunft, welche Informationen die Dienste über sie gespeichert haben. Die mit nachrichtendienstlichen Methoden gewonnenen Erkenntnisse, werden dabei jedoch nicht vorgelegt. Die Dienste leisten oft großen juristischen Widerstand, um Einblicke die Akten zu vermeiden. Grundgesetzf. muss das Oberverwaltungsgericht in sogenannten „In-Camera-Verfahren“ prüfen, ob Geheimhaltungsinteressen entgegenstehen. Gelegentlich schlägt der Reißwolf zu. Wie die NSA-Affäre insbesondere am Tatort Deutschland zeigte, ist die Justiz nicht in der Lage, politische Straftaten wie Spionage und Beihilfe zu Tötungsdelikten im Ausland zu verfolgen.

2. Verwaltungskontrolle

Innerhalb der Dienste herrscht berufsbedingt oft ein Klima des Misstrauens, schon weil man professionell mit Schwachstellen wie Doppelagenten rechnen muss. Aber auch wegen existierender „Kollegenrivalität“ sehen sich in den Abteilungen die Mitarbeiter häufig gegenseitig auf die Finger („horizontale Kontrolle“). Jeder Mitarbeiter ist natürlich seinen Dienstvorgesetzten bis hinauf zum jeweiligen Präsidenten des Dienstes zur Rechenschaft verpflichtet („vertikale Kontrolle“). Die Dienste verfügen über

technisch beeindruckend ausgestattete Observationsteams, mit denen etwa verdächtige Kollegen beobachtet werden. Vertikale Kontrolle funktioniert manchmal auch von unten nach oben: Als auf den zwielichtigen BND-Gründer General Gehlen 1968 der gemäßigte BND-Chef Gerhard Wessel folgte, trug ein Team einige Zeit später einen Waschkorb voller Wanzen aus dessen Dienstvilla, weil etliche BNDler offenbar ihrem neuen Präsidenten misstrauten.

Die Aufsicht über den BND führt das Bundeskanzleramt, konkret der Geheimdienstkoordinator. Die Verfassungsschutzämter unterstehen den Innenministerien des Bundes und der Länder, der Militärische Abschirmdienst (MAD) dem Bundesverteidigungsministerium. Ministerien und Bundeskanzleramt verfügen über spezielle Referate für die Dienste, haben umfassendes Auskunftsrecht und dürfen Akten einsehen.

Außerdem interessiert sich der Bundesrechnungshof hier für das wirtschaftliche Arbeiten und die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel. Soweit zwingende Geheimhaltung erforderlich ist, fällt diese Aufgabe nach § 10a Bundeshaushaltsordnung einem parlamentarischen Vertrauensgremium zu. Der vom Parlament bestellte Bundesbeauftragte für Datenschutz ist auch für die Geheimdienste zuständig, wobei er wie sonst auch Zutrittsrechte vor Ort usw. hat. Der ebenfalls vom Bundestag bestellte Wehrbeauftragte schützt auch im MAD die Rechte von Angehörigen der Bundeswehr.

3. Parlamentarische Kontrolle

Aus den USA stammt das Konzept parlamentarischer Geheimdienstausschüsse, die dort vor allem Mitte der 1970er Jahre Wirkung zeigten. In Deutschland werden diverse Ausschüsse im Bundestag und den Landesparlamenten fraktionsübergreifend gebildet. Nach einem Skandal führte man

1978 im Bundestag als ständig tagenden Ausschuss das parlamentarische Kontrollgremium (PkGr) ein, das verfassungsrechtlich in Artikel 45d Grundgesetz verankert wurde.

Die dem PkGr angehörenden Bundestagsabgeordneten haben auf Anfrage im Prinzip Zugang zu allen Geheimnissen der Dienste und dürfen sich jede Tür öffnen lassen. Die Gremiumsmitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Allerdings beklagen PkGr-Angehörige häufig, dass sie kaum mehr Informationen bekommen, als sie ohnehin einen Tag später in der Zeitung lesen können. Die zum Teil fachfremden Abgeordneten, die als Politiker ihre Zeit auch für Bundestag, Parteiarbeit und Wahlkämpfe aufwenden müssen, dürfen wegen der Geheimhaltung hierfür keine eigenen Mitarbeiter beschäftigen.

jeweils ein ordentliches Mitglied. Diese Gremien betreffen vorwiegend Fragen des Verfassungsschutzes. Weitere parlamentarische Gremien in Bund und Ländern sind die jeweiligen G10-Kommissionen, in denen Parlamentarier gemäß Artikel 10 Grundgesetz und dem sogenannten G10-Gesetz die Überwachung von Telekommunikation und Post auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen.

So müssen die Dienste ihre Spähmaßnahmen nachträglich den Kommissionen melden und begründen. Die G10-Kommissionen sind deutlich größer als etwa die PkGr und beschäftigen zudem Mitarbeiter. Überprüft werden jedoch nur Maßnahmen deutscher Dienste. Soweit etwa die NSA in Deutschland abhört und ihr Wissen mit deutschen Diensten teilt, wird die Kontrolle umgangen.

Grundgesetz, die Einrichtung von außerordentlichen Untersuchungsausschüssen beschließen. Aktuell bemühen sich der NSU- und der NSA-Ausschuss, Licht ins Geheimdienst Dunkel zu bringen.

Die Bundeswehr-Eliteeinheit „Kommando Spezialkräfte (KSK)“ wird durch ein weiteres parlamentarisches Gremium von 14 Bundestagsangehörigen überprüft. Das KSK führt auch militärische Aufklärungsmissionen durch und ist an brisanten militärischen Operationen beteiligt. Problematisch ist insbesondere die Mitwirkung der KSK an Festnahmen von Verdächtigen, die in die USA und deren geheime Lager verbracht werden, wo Todesstrafe und Water Boarding drohen und ihnen kein faires Verfahren gewährt wird.

wird häufig von der Nähe entsprechend spezialisierter Journalisten zu den Diensten beeinflusst. Wohlverhalten wird mit Informationen belohnt. Der Wert politischer Journalisten bemisst sich mit deren möglichst exklusive Quellen, mit denen man es sich ungern verscherzt.

Ob die Geheimdienstkontrolle funktioniert, können letztlich nur Historiker beurteilen. Zur Forschung werden daher - nach Ablauf jahrzehntelanger Geheimhaltungsfristen - Akten für die Forschung zugänglich gemacht, was aktive Geheimdienstler ebenfalls einkalkulieren müssen. Allerdings sträuben sich die Dienste nach Kräften gegen Klagen auf Aktenfreigabe. Manchmal wird angeblich versehentlich die falsche Akte geschreddert.



gen. Bei circa 10.000 deutschen Geheimdienstmitarbeitern und deren Fähigkeit, ihre Arbeit zu verschleiern, können die derzeit gerade einmal neun Gremiumsmitglieder nicht ansatzweise eine effiziente Kontrolle leisten, zumal etwa die Hälfte der Regierung angehört und daher einem Interessenkonflikt unterliegt. PkGr-Mitglieder können nur dann die richtigen Fragen stellen, wenn sie Wind von einem Missstand bekommen.

Da es bislang in Deutschland kein Whistleblowerschutzgesetz gibt, riskieren Tippgeber etliche Nachteile. In den parlamentarischen Kontrollgremien der Landtage in NRW, Schleswig-Holstein, Saarland und Berlin stellen die Piraten

Seit der Nachkriegszeit war es Praxis in deutschen Geheimdiensten, dass man die Amerikaner fragte, wenn man etwas über Deutschland wissen wollte. Wie erst 2013 bekannt wurde, hatte die Regierung im Oktober 1968 mit Inkrafttreten der Notstandsgesetze (mit geheimen Verträgen und Verwaltungsbestimmungen), sogar eine quasi rechtliche Grundlage für das Abhören durch die Alliierten geschaffen.

Für die Kontrolle über die parlamentarische Haushaltshoheit ist das bereits genannte Vertrauensgremium nach § 10a Bundeshaushaltsordnung zuständig. Neben dieser institutionellen Gremien, kann der Bundestag nach Artikel 44

4. Öffentliche Medien als sogenannte „Vierte Gewalt“

Die Aussicht, bei Skandalen in der Presse zu landen, übt ebenfalls Druck auf die Dienste aus. Der BND etwa wurde 1971 durch die SPIEGEL-Serie „Pullach intern“ kalt erwischt, seit den 1990ern sieht er sich mit den Büchern des Publizisten Erich Schmidt-Eenboom konfrontiert. Aufsehen erregten vor allem die Memoiren des verbitterten Ex-Agenten Norbert Juretzko.

Seit dem Internetzeitalter können Whistleblower auch ungefiltert ihre Informationen verbreiten, etwa bei Cablegate und Snowdengate. Berichterstattung über Geheimdienste

5. Nachrichtendienstliche Kontrolle

Geheimdienstmitarbeiter werden nicht nur dienstintern, sondern auch von Verfassungsschutz und MAD auf Sicherheitsrisiken hin überprüft. Als Kontrolle kann man zynisch auch das Infiltrieren durch Geheimdienste fremder Nationen bewerten. Während des Kalten Kriegs etwa hatte das MfS durch ranghohe Doppelagenten und nahezu umfassende Überwachung des westdeutschen Telefonnetzes die westdeutschen Dienste penetriert und aus taktischen Gründen allerhand an die Medien lanciert. Wie der jüngste Spionageskandal zeigt, führt auch die CIA im befreundeten(?) BND Doppelagenten.

KRITIK

Die deutschen Geheimdienste gelten im internationalen Maßstab als „beamtenmäßig“ und korrekt handelnd. „Nasse Sachen“ wie Morde und Entführungen sind nicht bekannt. Angesichts der Vielzahl an Vorschriften und Kontrollen wäre es Polemik, die gegenwärtigen deutschen Geheimdienste als willkürliche Herrschaftsinstrumente darzustellen.

Allerdings wurden Konzepte wie die strenge Trennung der Dienste, etwa das Operationsverbot für den BND innerhalb Deutschlands, auf der Arbeitsebene durch das Konstrukt der Amtshilfe unterlaufen. So tauschten sich die Vertreter der Dienste informell aus, eine Hand wusch die andere. Inzwischen gibt es ganz offiziell das dienstübergreifende „Terrorab-

aus Bagdad und machten damit Deutschland zum Kriegsteilnehmer. Im Afghanistankrieg erfuhr die deutsche Öffentlichkeit erstmals durch US-Journalisten, dass die ebenfalls geheime Eliteeinheit „Kommando Spezialkräfte“ aktiv mitkämpfte. Innerhalb Deutschlands ließ man „befreundete Dienste“ wie CIA und NSA gewähren wie in einer Kolonie. Der BND fiel immer wieder bei Beteiligung und Tarnung von Waffenexporten in Krisenregionen auf. Fragwürdig ist auch das Training ausländischer Spezialeinheiten in Deutschland, darunter etwa der ukrainische Berkut.

Bei der Eigensicherung spionierte der BND bis vor einem Jahrzehnt innerhalb Deutschland Journalisten mit hohem Aufwand aus. Vor allem der Verfassungsschutz steht in der Kritik. So waren viele Lehrerkarrieren nach dem Zweiten Staatsexamen beendet, wenn man sich im Studium mal bei einer kommunistischen Partei hatte blicken lassen und damit nicht mehr in den Staatsdienst durfte.

In gewisse Dateien konnte man schon dann geraten, wenn das Autokennzeichen bei kernkraftkritischen Demonstrationen gesichtet wurde. Erfolge gegen den Terror der RAF erzielte nicht der Verfassungsschutz, sondern vor allem das BKA. Gegen das MfS vermochte der Verfassungsschutz kaum etwas auszurichten. Befremdlich erwiesen sich Operationen auf der Führungsebene rechter Parteien, den Terror der NSU hingegen erkannte man nicht einmal. Der Verfassungsschutz schritt offenbar nicht ein, als US-Firmen mit NSA- und CIA-Verbindungen für die Bundesrepublik in sensiblen Bereichen beauftragt wurden.

MISSBRAUCHS-GEFAHR

Kritikwürdig ist vor allem die jahrzehntelange Beobachtung von Parlamentariern und Friedensaktivisten durch den Verfassungsschutz, wobei dessen Interesse auffällig den demokratisch gewählten Politikern der Linkspartei galt, darunter sogar der Bundestagsvizepräsidentin. Ein Großteil dieser Überwachungen wurde inzwischen für verfassungswidrig erklärt. Es besteht prinzipiell das Risiko, dass Regierungen Geheimdienstinformationen gezielt gegen oppositionelle Politiker einsetzen.

Der kanadische Geheimdienst etwa überwachte in den 1980ern für die britische Staatschefin Margaret Thatcher sogar zwei kanadische Minister elektronisch. Wie man aus jüngsten Snowden-Dokumenten weiß, scheut sich die US-Regierung nicht, innerhalb der USA Anwälte abzufragen, die in politischen Verfahren tätig sind. Das Potential von Herrschaftswissen ist nicht zu unterschätzen. Praktisch jeder hat etwas zu verbergen, in allen Familien gibt es ein schwarzes Schaf. So mussten mit Edathy und Hartmann allein dieses Jahr zwei Parlamentarier in Geheimdienstausschüssen ihre Arbeit niederlegen, weil sie fragwürdige Bilder besaßen oder illegale Drogen konsumierten.

Etliche Politiker haben Leichen im Keller oder wenigstens einen wunden Punkt. Wer den Überblick hierüber hat, kann gezielt Informationen bei Behörden und Medien platzieren. Selbst eine flapsige Bemerkung am Telefon wie „Fuck the EU“ kann von einem Geheimdienst effizient genutzt werden, um Personen die Autorität zu nehmen.

Instrumente wie Vorratsdatenspeicherung, Prism und Tempora sind daher sehr gefährlich. Durch die Duldung des Ausspähens der eigenen Bevölkerung, hat sich Deutschland für das Ausland erpressbar gemacht. Derartiges abzuwehren wäre eine sinnvolle Aufgabe für Geheimdienste gewesen. Geheimdienstmaterial kann aufgebauscht und politisch eingesetzt werden. Etliche Vorstellungen etwa US-amerikanischer Strategen über den Ostblock gründen auf Übertreibungen von Verschwörungstheoretiker Gehlen. Im Jugoslawienkrieg wurde der deutschen Öffentlichkeit eine andere Erkenntnislage präsentiert, als sie dem Militär vorlag. Der jüngste Golfkrieg wurde mit dem BND aufgetischten Märchen eines Hochstaplers über angebliche Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt, was das Weiße Haus als „harte Beweise“ hinstellte.

Über den Sinn und Unsinn von Geheimdiensten wurde viel geschrieben. Tatsächlich benötigen politische Entscheidungsträger zuverlässige Informationen über das Ausland, die sich ungefiltert nur aus erster Hand gewinnen lassen. Experten wie immerhin der vormalige technische Direktor der NSA, William Binney, bezweifeln allerdings den Wert der Totalüberwachung im Kampf gegen den Terror. Die Informationen, die in Deutschland über angebliche „Terroristen“ gesammelt werden, dienen den USA als Grundlage für Exekutionen Verdächtiger, die massenhaft mit Drohnen durchgeführt werden. Ein Rechtsstaat, der insbesondere der Menschenwürde in Artikel 1 Grundgesetz verpflichtet ist, darf hierbei nicht kooperieren.



wehrzentrum zur Koordinierung von Erkenntnissen über gefährliche Personen“. Fragwürdig ist vor allem die traditionell enge Zusammenarbeit mit den US-Diensten. So wird das G10-Gesetz auf der Arbeitsebene unterlaufen, weil die Dienste mit der NSA kooperieren. Während des Irakkriegs versorgten umgekehrt BND-Agenten die USA mit militärischen Informationen

Weitere Informationen zum Thema findet man in dem Buch von Smid, Poppe, Krieger, Müller-Enbergs: „Geheimhaltung und Transparenz. Demokratische Kontrolle der Geheimdienste im Internationalen Vergleich.“ Lit Verlag, Münster, 2007, sowie bei Stefanie Waske: „Mehr Liaison als Kontrolle“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, für die Periode von 1955 bis 1978.

Der Autor dieses Beitrags ist Rechtsanwalt und Journalist. Im Heise-Verlag veröffentlichte er 2013 das E-Pub COLD WAR LEAKS über Geheimdienstliches im Kalten Krieg.

NSA – TECHNIK UND PROGRAMME

CC BY-SA JENS STOMBER/ZOMBI



Die NSA, ein Auslandsgeheimdienst der USA, ist speziell für die weltweite Überwachung, Entschlüsselung und Auswertung elektronischer Kommunikation zuständig. Die passiven, also rein mitlauschenden Abhörprogramme der NSA gliedern sich grob in drei verschiedene Bereiche:

1. MAINWAY

Die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten (in den USA auch call-detail-records genannt) läuft in diesem NSA-Programm.

Es werden die call-detail-records von allen Telefonaten für mindestens fünf Jahre gespeichert. Die Daten stehen der NSA und dem FBI zur Verfügung.

Im Unterschied zu Deutschland wurde die Vorgehensweise nicht durch ein öffentliches Gesetzgebungsverfahren legitimiert, sondern durch geheime Verfügungen von jeweils drei Monaten Dauer über Jahre hinweg hinter dem Rücken der amerikanischen Öffentlichkeit erwirkt und verdeckt durchgeführt. Den beteiligten Telefongesellschaften war es bei Strafe untersagt, Dritte über die Überwachung in Kenntnis zu setzen.

Ein weiterer Unterschied ist, dass die Vorratsdaten nicht bei den Telefongesellschaften, sondern bei der NSA gespeichert werden. Dadurch ist – im Unterschied zum Modell der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland – nicht nachvollziehbar, wie die Daten verwendet werden, da für die einzelnen Verwendungen keine Gerichtsbeschlüsse mehr erforderlich sind. Einmal im Rechenzentrum der NSA abgespeichert, sind die Daten praktisch vogelfrei.

2. PRISM (SIGAD US-984XN)

Das ist die Ausspähung von Internetanwendern durch (Echtzeit)-Zugriff auf deren Online-Konten, Cloud-Daten, ähnlich einer Bestandsdatenauskunft. Eine geheime Verfügung ohne öffentliches Gesetzgebungsverfahren zwang alle amerikanischen Internetkonzerne, der NSA Zugriff auf alle Cloud-Daten zu gewähren. Dazu müssen die Anbieter in Abstimmung mit den Behörden eine individuelle Schnittstelle in ihre Datenwelt einrichten, auf denen die NSA dann beliebige Abfragen fährt, ohne dass dazu jeweils ein individueller Gerichtsbeschluss vorliegen muss. Mit dem Universal Tasking Tool stellt der Agent eine Abfrage zu Personen, Pseudonymen oder Schlüsselwörtern gleichzeitig an alle Internetfirmen und erhält ab diesem Zeitpunkt fortlaufend Treffer in einem standardisierten Format.

Je nach Dienst erfolgt der Zugriff sogar in Echtzeit (Beispiel: Facebookchat). Dabei ist der direkte Zugriff auf die Daten bei den Konzernen viel effizienter und zuverlässiger als das ansonsten aufwändige Herausfiltern und Aufbereiten der Informationen aus den globalen Datenströmen. Insbesondere bei den Social-Media Diensten sind die Daten bereits vorverdichtet und klassifiziert: Ist die Zielperson vielleicht homosexuell? Welche Musik hört sie und was ist ihre Gehaltsgruppe? All diese Fragen hat Facebook für die NSA bereits beantwortet.

3. UPSTREAM/TEMPORA

Anzapfen der globalen Datenströme mithilfe der Spezialsoftware XKEYSCORE: Durch enge Zusammenarbeit mit den einheimischen Nachrichtendiensten betreibt die NSA ein weltweites Netz von Abhörstationen (SIGADS = SIGINT Activity Designators) für Satellitenverbindungen, Netzwerknoten und Unterseekabel. Der physische Zugriff auf die Kabel erfolgt durch die einheimischen Partnerdienste, sowie die angegliederten (ehem.) staatlichen Telefongesellschaften. An jeder Station werden aus dem Datenstrom mittels der Spezialsoftware XKEYSCORE in Echtzeit die individuellen Kommunikationsinhalte extrahiert (E-Mails, Chat, VOIP), die gegenüber den sonstigen Anteilen (Video-streams, Downloads) nur einen Bruchteil des Gesamtvolumens ausmachen. Die Extrakte werden vor Ort sortenrein in einem schnellen Ringpuffer für bis zu drei Tage zwischengespeichert, können dann nach beliebigen Mustern durchsucht werden. Laufende und historische Abfrageergebnisse werden für die Analysten bei der NSA zentral in einem Pool gebündelt. Dem großen Bruder entgeht nichts.

Boundless Informant:

Leitstand für die Datengewinnung

Das System Boundless Informant bietet einen normierten und verdichteten Überblick über alle oben genannten Abhöraktivitäten. In einer Weltkarte werden für jede Region die statistischen Auswertungen der einzelnen Abhörstationen (SIGADS = SIGINT Activity Designators) farblich dargestellt. Grün bedeutet: es gibt nur wenig Daten. Rot steht für eine hohe Intensität der Überwachung.

Im nächsten KOMPASS geht es um aktive Angriffe: Tailored Access Operations, Trojaner, Advanced Network Technology Katalog (manipulierte Hardware), Sabotage von Kryptographie-Standards.

Weiterlesen im KOMPASS-Blog:

<http://kompass.im/kompass-2014-3-nsa-technik-und-programme/>



GEHEIMDIENSTE GEGEN DIE EIGENE BEVÖLKERUNG

INTERVIEW MIT PADELUUN VON DIGITALCOURAGE

CC BY-NC ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Edward Snowden enthüllte im Jahr 2013 das Ausmaß der „Globalen Überwachungsmaschinerie“ der USA und Großbritanniens.

Praktisch die gesamte weltweite Kommunikation ist davon betroffen. Wir haben den Netzaktivisten und Künstler padeluun gebeten, uns ein paar Fragen zu dem Thema zu beantworten.

Was sind die Beweggründe der beschuldigten Staaten für diese umfassenden Rechtsbrüche?

PADELUUN: Da ist wohl kein Staat auf der Welt unschuldig. Jede Führerin oder Führer hat gerne mehr Informationen, als es recht und richtig ist. Und die Bevölkerung glaubt ganz im Sinne von Machiavelli, dass das ja uns allen dienen würde. Diesen Irrglauben müssen wir aus unseren Köpfen bekommen. Geheimdienste dienen nur dem Machterhalt der Mächtigen. Sie dienen nie der Demokratie oder dem Rechtsstaat. Geheimdienste sind die Terroristen, die andere Länder ins Chaos zu treiben versuchen. Was die wehrhafte Demokratie benötigt, sind Abwehrspezialisten – und die Abwehr kann offen und transparent arbeiten.

Was wird die NSA-Affäre bei den Menschen bewirken?

PADELUUN: Da kann ich mir viel zu ausdenken. Zwei Sachen liegen auf der Hand: Es fördert den Irrglauben, dass man ja „eh nichts tun kann, die wissen ja sowieso schon alles“, als auch dass das Wissen um die Machenschaften die Empörung befördern und Menschen sind endlich hinstellen und dem Pack, das mit geheimdienstlichen Mitteln gegen die eigene oder „fremde“ Bevölkerungen arbeitet, das Geld entzogen, Verträge gekündigt und damit das Handwerk gelegt wird.

Welche Auswirkungen hat das Wissen, ausgespäht zu werden, auf die Demokratie?

PADELUUN: Das hat schon das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Volkszählungsurteil gut klar gestellt: Menschen, die befürchten müssen, dass sie die ganze beobachtet und bewertet werden, zum angepassten Verhalten tendieren und sind damit dem demokratischen Prozess entzogen.

Welche gesetzlichen oder gesellschaftlichen Konsequenzen sollten auf diese Affäre folgen?

PADELUUN: Aufklären, Verträge und Gesetze analysieren und abwickeln. Das Ziel ist der komplette Abbau aller geheimdienstlicher Strukturen. Auslandsaufklärung auf wissenschaftliche Dienste umstellen und der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Das meiste, was Geheimdienste rausfinden, steht sowieso schon in Wikipedia.

Damit das umgesetzt wird, muss sich ein Grossteil der Bevölkerung hinter solche Ansichten stellen. Dafür heißt es – im ganz positiven Sinne – aufklären, informieren und auf der Straße und der Wahlurne deutlich zeigen, was wir von einer Regierung halten, die uns verrät und verkauft. Und bekämpft Eure Feinde, nicht Euch selbst. Demokratie braucht Streit – nicht Gezänk. Und spendet an Organisationen, die dieses Thema immer wieder angehen, zu Demos aufrufen, Strafanzeigen stellen – und arbeitet selber mit.

Padeluun, vielen Dank für das Gespräch.



Freiheit statt Angst
DEMO GEGEN ÜBERWACHUNG

DIGITALCOURAGE E.V.

(vormals: FoeBuD e.V.)

setzt sich seit 1987 für Bürgerrechte und Datenschutz ein. Digitalcourage wehrt sich dagegen, dass unsere Demokratie „verdatet und verkauft“ wird. „Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen nur noch als Marketingobjekte, Manövriermasse beim Abbau des Sozialstaates oder als potentielle Terroristen behandelt werden. Wir wollen eine lebendige Demokratie.“

Digitalcourage klärt durch Öffentlichkeitsarbeit, Vorträge, Veranstaltungen und Aktionen auf, wie: die jährlichen BigBrotherAwards („Oscars für Datenkraken“) in Deutschland

Demo „Freiheit statt Angst“



LEINENZWANG FÜR GEHEIMDIENSTE



PIRATEN
www.piratenpartei.de

2-1

17.03.2015 19:28

Stefan Müller

2-2

17.03.2015 19:28

hier die Denk Selbst Anschrift einfügen

3-1

17.03.2015 19:28

Stefan Müller, Auf der Heide 1, 58239 Schwerte